Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf. Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20. Insertions-Gebühr für den Raum einer viertheiligen Petitzeile 1¼ Sgr.

Breslauer Zeitung

№ 263. Montag den 22. September 1851.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 19. Septbr., Nachmittags 5 Uhr. 3% 55, 90. 5% 91, 55.

London, 19. Septbr., Nachmitt. 5 Uhr 30 Min. Consols 96⅛. Hamburg, 3 Monat-Wechsel, 13 Mrk. 9¾, 10 Schil. (Berl. Bl.)

Prenßen.

Berlin, 20. Sept. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, den Ober-Prokurator v. Breuning zu Bonn in gleicher Eigenschaft an das Landgericht zu Koblenz zu versetzen und den Staats-Prokurator Peter Hubert Karl Heinrich v. Ammon zu Düsseldorf zum Ober-Prokurator bei dem Landgerichte zu Bonn zu ernennen. — Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, dem Fürsten von Pückler-Muskau die Erlaubniß zur Anlegung des von Sr. Majestät dem Könige von Hannover ihm verliehenen Kommandeur-Kreuzes erster Klasse des Guelphen-Ordens zu ertheilen.

Durchgereist: Se. Durchlaucht der Herzog Karl zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, von Glücksburg kommend, nach Magdeburg. — Abgereist: Der General-Major und Kommandeur der 16ten Division, von Bonin, nach Trier.

Berlin, 20. September. [Hof- und Personal-Nachrichten.] Ihre Majestäten der König und die Königin, Ihre königlichen Hoheiten die sämmtlichen hier anwesenden Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses, so wie Se. königl. Hoheit der Prinz Karl von Baiern begaben Allerhöchst- und Höchstsich gestern früh 8½ Uhr zu Wagen von Potsdam nach dem bei Saarmund eröffneten Manöver des Garde-Corps. Im Gefolge Sr. Majestät des Königs befanden sich russische, österreichische, englische und französische Offiziere. Gegen 2 Uhr kehrten die allerhöchsten und höchsten Herrschaften nach Sanssouci zurück. Nach der Tafel begaben Se. Maj. der König Allerhöchstsich wieder, und zwar von der gräflich v. Saldernschen Besitzung aus, mit dem Dampfboot zu den Truppen ins Bivouak. Gestern versah den Wachtdienst in Potsdam das 2. Bataillon des Kaiser Alexander-Grenadier-, heute das 1. Bataillon des 2. Garde-Infanterie-Regiments.

Nach gestern hier eingegangenen Nachrichten ist das Befinden Sr. königl. Hoheit des Prinzen von Preußen so zufriedenstellend, daß der am 15. d. M. erfolgte Sturz mit dem Pferde voraussichtlich durchaus keine schlimmen Folgen haben wird.

Se. Durchlaucht der Herzog Karl zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg ist von Glücksburg kommend hier durch nach Magdeburg gereist.

Der Ministerpräsident Frhr. v. Manteuffel begab sich heute Nachmittag 2 Uhr nach Sanssouci, um Sr. Majestät dem Könige Vortrag zu halten. Se. Excellenz wurden zur kgl. Tafel befohlen.

Heute Mittag 12 Uhr traten die vier hier anwesenden Minister in einer Sitzung des Staatsministeriums zusammen, in welcher laufende Geschäfte ihre Erledigung fanden. Die Herren Minister v. Bodelschwingh, v. Raumer und v. d. Heydt sind bekanntlich zur Zeit verreist.

Ein hiesiges Blatt will wissen, daß der Unterstaatssekretär v. Le Coq speziell mit der Leitung der Unterhandlungen mit Dänemark, betreffend die Herzogthümer und die Erbfolge, beauftragt sei. Wir sind veranlaßt, dem aufs Bestimmteste zu widersprechen. Die Unterhandlungen werden dem Vernehmen nach nicht vor Ablauf von etwa drei Wochen ein Ergebniß liefern. (N. Pr. Z.)

Der geh. Justizrath Pernice, der nach der „N. Pr. Ztg." hierher berufen sein soll, um ein Gutachten in der holstein-schleswigschen Erbfolgefrage abzugeben, war als Professor des Staatsrechts an der Universität in Halle einer der wenigen Rechtslehrer, die sich zu den Grundsätzen der Hallerschen Doctrinen bekennen, — Doktrinen, die selbst in Stahl einen Gegner gefunden haben. Herr Pernice ist weniger durch gelehrte Arbeiten im Gebiete seiner Wissenschaft bekannt, als durch eine publizistische Praxis in Begutachtung von Rechtsstreitigkeiten, namentlich auf dem Gebiete des Privat-Fürstenrechts. Unter Anderem war auch von ihm ein Gutachten in dem bekannten Streite über das Verhältniß der Fürsten und Grafen Schönburg zu dem königl. sächsischen Hause zu Gunsten der Schönburgschen Partei abgegeben worden. (C. B.)

Berlin, 20. Sept. [Zur Tages-Chronik.] Die Landwehrfrage, welche in diesem Augenblicke ein Gegenstand der ernstesten Erwägung ist, hat eine große Anzahl von Vorschlägen hervorgerufen, die sämmtlich darin zusammentreffen, eine innigere Verbindung zwischen Linie und Landwehr herbeizuführen. Einer der bemerkenswerthesten, der bereits an entscheidender Stelle Beachtung gefunden haben soll, geht dem Vernehmen nach dahin, die Landwehr nach Art der jetzt innerhalb der Armee bestehenden Kriegsreserve zu gestalten, die jetzigen Reserve-Regimenter dagegen aufzulösen nnd in Verbindung mit jedem Linien-Infanterie-Regiment eine Anzahl Reservebataillone zu bilden, die dann zu besonderen Reserve-Regimentern zu formiren wären.

Der hiesige Verein für die Mission in China beabsichtigt einen Missionar zur Unterstützung Gützlaffs und des bereits von hier abgeordneten Missionars Neumann nach China zu senden. Ein Kandidat Michaelis soll zu dieser Sendung ausersehen sein (C. B.)

Der Justizminister dringt in einer Verfügung an sämmtliche Gerichtsbehörden auf Beschleunigung des Geschäftsganges, so daß jedes eingehende Schriftstück binnen acht Tagen durch alle Schreibstuben hindurch erledigt sein muß. Deshalb sollen auch bei größeren Appellationsgerichten metallographische Umdruckmaschinen angeschafft werden, durch welche eine wesentliche Ersparniß im Abschreiben und eine beschleunigte Abfertigung erzielt werde. (Schw. A.)

Am 11. Oktober wird der Londoner Glaspalast geschlossen. Die durch ihre Expedition nach London bekannten Herren Köpp und Schütte beabsichtigen, wie wir hören, noch eine Extra-Gesellschaftsfahrt am 30. September zu arrangiren, die Herr Köpp selbst begleiten wird. Die Reisenden werden Abends Berlin verlassen und sich über Calais nach London begeben. Der Aufenthalt wird zu den bekannten Preisen eine Woche währen. Es sollen bereits eine ziemliche Anzahl Meldungen zur Theilnahme eingelaufen sein, und ist wohl noch eine regere Betheiligung bei dem bevorstehenden Schlusse der Industrie-Ausstellung zu erwarten. (N.-Z.)

Berlin, 20. Septbr. [Der Gesammteintritt Oesterreichs in den deutschen Bund.] Obschon die Konsequenzen des Gesammteintritts der österr. Monarchie in den deutschen Bund von den meisten Seiten überschätzt werden, und die Veränderung des politischen Einflusses rücksichtlich der Vertheilung zwischen Oesterreich und Preußen wohl mehrentheils zu hoch angeschlagen werden möchte, so legen wir doch der Frage über den Gesammteintritt eine zu hohe Wichtigkeit bei, um glauben zu können, sie werde jetzt in einer plötzlichen und unvorbereiteten Weise erledigt werden, nachdem die ausführlichen im vorigen Winter zwischen den Höfen von Wien und Berlin gepflogenen Verhandlungen derzeit vollständig gescheitert sind. Mit Zuverläßigkeit glauben wir auch versichern zu dürfen, daß bei der Zusammenkunft in Ischl diese Frage weder entschieden, noch in ihrer Entscheidung irgend wie gefördert worden ist. (N. Pr. Z.)

[Ständische Angelegenheiten.] Der „Goniec Polski" meldet: Am 17. fand eine Plenarsitzung des Provinzial-Landtages statt, in welcher Fürst Sulkowski folgende Worte sprach:

„Meine Herren! Ich wollte schon in der vorigen Sitzung sprechen, gleich nachdem das Protokoll unserer Eröffnungs-Sitzung vorgelesen worden; ich wollte jedoch mich nicht von dem ersten Eindruck, den die Rede des Hrn. Oberpräsidenten gemacht, hinreißen lassen und dieselbe beantworten, darum habe ich gewartet, bis ihr amtlicher Text uns mitgetheilt worden. Als Pole und treuer Unterthan Sr. Maj. fühle ich, daß ich, ohne mein Gewissen zu beleidigen, diese beiden Charaktere in mir vereinigen kann, nach welchen ich auch die Ehre habe, von Sr. Maj. und Seiner hohen Familie gekannt zu sein. Mit Verwunderung aber habe ich in der Rede des Oberpräsidenten gelesen, daß wir von nun an Preußen sein sollen. Ich kenne kein Gesetz, welches mir diese Pflicht auflege, und protestire feierlich gegen diese Neuerung. Das revolutionäre System, Nationalitäten durch Ukase ändern zu wollen, wird in mir als Polen und Konservativen immer einen Gegner finden. Meine Herren, erlauben Sie mir noch ein Wort. Meine Gefühle für den Thron sind durch den Ausdruck des Hrn. Oberpräsidenten auf das Empfindlichste verletzt worden, indem er dasjenige, **was uns Gesetz und Gerechtigkeit zu gewähren befiehlt, von gewissen Bedingungen abhängig machen will.** Ich glaube, **daß der königl. Kommissarius hierin mit wenig Glück die Gedanken Sr. Maj. ausgedrückt hat.** Unser Monarch bestraft Untreue und Verrath, aber nie macht Er die Gerechtigkeit zu einer bedingten."

Sodann las der Deputirte Niemojewski eine Rede ab zu Gunsten der polnischen Nationalität im Großherzogthum Posen, wobei unter andern der Vorschlag vorkam, Se. Maj. zu ersuchen, einen der polnischen Sprache kundigen Marschall ernennen zu wollen. Darauf machte der Deputirte Brodowski den Vorschlag, daß die ganze Versammlung ihre Zustimmung für die Rede des Fürsten Sulkowski aussprechen möge. Der Marschall widersetzte sich jedoch diesem Ansinnen, weil nach der Vorschrift des Reglements der heute eingebrachte Vorschlag erst morgen erörtert und über ihn abgestimmt werden könne. Die Sitzung schloß mit folgenden Worten des Deputirten Niegolewski:

„Erlauben Sie, Herr Marschall, daß ich noch einige Worte zu der Erklärung des Fürsten Sulkowski hinzufüge. Ich hoffe, daß die Gefühle, welche der geehrte Deputirte ausgesprochen, in den Herzen aller Einwohner des Großherzogthums Posen glühen, namentlich in uns, die wir als Deputirte und Polen in dieser Versammlung sitzen: denn als Unterthanen Sr. Maj. des Königs von Preußen haben wir nicht aufgehört Polen zu sein, und das nationale Merkmal, welches Gott unserm Stamme aufgeprägt hat, kann durch Menschenhand nicht verwischt werden; übrigens ist uns dasselbe durch das Okkupationspatent und die Ansprache an die Bewohner des Großherzogthums Posen heilig versichert worden."

Die Berathungen des Provinzial-Landtages der Mark Brandenburg dürften, nach der „Pr. Z.", spätestens am nächsten Donnerstag ihr Ende erreichen. — Bei Berathung der ländlichen Gemeinde-Ordnung hat derselbe in der Sitzung vom 18. d. beschlossen, daß die Frage wegen der Fortexistenz des wichtigen — in der Regierungs-Denkschrift mit Stillschweigen übergangenen — Instituts der Lehn- und Erbschulzen bei der Feststellung der Ortsstatuten erörtert werde. In der Sitzung vom 19ten wurden die Regierungsvorlagen, betreffend das städtische Gemeindewesen, in Berathung gezogen und in Uebereinstimmung mit den Ausführungen der Denkschrit, sowie des Ausschußgutachtens, angenommen. Namentlich erhielt auch der Antrag eine sehr

große Majorität: daß die städtischen Magistrate eine selbständigere Stellung einzunehmen haben, als ihnen in der Gemeindeordnung vom 11. März 1850 zugewiesen ist, und daß sie namentlich befugt sein sollen, den Beschlüssen des Gemeinderaths ihre Zustimmung zu ertheilen. Auch der Antrag: die Freiheit der Geistlichen und Schullehrer von Gemeindelasten und Gemeindediensten — so weit sie nicht eigenes Vermögen haben — als altherkömmliche, in den Verhältnissen begründete Gerechtsame fortbestehen zu lassen, wurde unter lebhafter Befürwortung, namentlich solcher Abgeordneten, welche mit der Regierung in Verbindung stehen, von großer Mehrheit angenommen. In seiner heutigen, Sitzung (20sten) beschäftigte sich der Landtag mit den Wahlen zur Rekurs-Kommission für die Einkommensteuer.

[Der Postkongreß.] Die Voß. Z. berichtet, daß der Kongreß von Bevollmächtigten sämmtlicher dem deutsch-österreichischen Postverein beigetretenen Staaten am 15. Oktober bestimmt hier eröffnet werden wird und bemerkt in Bezug auf die Thätigkeit des Postkongresses, daß dieselbe sich wahrscheinlich zunächst auf die Berathung des Vorschlages, die Einsetzung einer Centralbehörde von sämmtlichen, dem Vereine beigetretenen Staaten behufs gemeinsamer Wahrung der in das Postfach einschlagenden Interessen betreffend, erstrecken würde. Ferner werde man über die Stipulirung bestimmter Normen in Betreff der jährlichen Vertheilung der Einnahmen, sowie über die Stipulirung des Verhältnisses zwischen dem Postvereine und der demselben noch nicht beigetretenen Staaten, sowie zwischen dem ersteren und dem Auslande berathen. Die Herbeiführung gleichmäßiger Normen in Betreff der für den Debit der Zeitungen zu erhebenden Gebühren in sämmtlichen, dem Vereine beigetretenen Staaten soll ebenfalls in Antrag gebracht werden. Was das Verhältniß des Postvereins zum Auslande betrifft, so soll man die Herbeiführung von Erleichterungen, besonders in Betreff der Portosätze, im Interesse des gegenseitigen Verkehrs besonders im Auge haben.

Königsberg, 16. Sept. Nicht allein der neugewählte Abgeordnete und Stellvertreter für den Provinzial-Landtag hat die Wahl abgelehnt, sondern auch die beiden Abgeordneten Professor Dulk und Kaufmann Heinrich, deren Mandate erst am 21. November abgelaufen, haben dieselben jetzt schon niedergelegt. Professor Simson beabsichtigt seine Professur niederzulegen und nach Berlin zu übersiedeln. (N. Z.)

Stettin, 20. Sept. [Militärisches.] Gestern hat die große Militärparade und ein kleines Divisionsmanöver auf dem Terrain zwischen hier und Kreckow stattgefunden. Das Gerücht, daß Se. Majestät der König dazu von Berlin herüberkommen würde, hat sich als unbegründet erwiesen. (Ostf.-Z.)

Swinemünde, 16. Sept. [Marine.] Es ist jetzt beschlossen worden, daß das Mariniers- und Matrosenkorps nicht wieder in seine frühere Garnison Stettin zurückgelegt werden, sondern jetzt schon gleich in Swinemünde bleiben soll. Da die große befestigte Kaserne, die am „Osternothhafen" für diese beiden Korps gebaut wird, noch nicht vollendet ist, so sollen die Soldaten für diesen Winter bei den Bürgern einquartirt werden. (W. Z.)

Düsseldorf, 18. September. [Der Kirchentag in Elberfeld] hat seine Thätigkeit mit einem Beschlusse eröffnet, der im ganzen Vaterlande Zustimmung finden wird. Mit Einheit aller Stimmen hat derselbe beschlossen, durch seinen Ausschuß eine Adresse an die Fürsten Deutschlands zu erlassen, welche im Namen des gesammten Kirchentags deren mächtige Verwendung bei der dänischen Regierung für die Wiedereinsetzung der vertriebenen schleswigschen Geistlichen und Lehrer in ihre Aemter in Anspruch nimmt. (Pr. Z.)

Deutschland.

Frankfurt a. M., 18. Sept. [Bundesbeschluß.] Das heute ausgegebene „Amtsblatt der freien Stadt Frankfurt" enthält eine amtliche Bekanntmachung, durch welche der Bundesbeschluß wegen Aufhebung der Grundrechte vom 23. August publizirt und auf Grund desselben auch die hier bekannt gemachten „Grundrechte des deutschen Volks", insoweit deren Bestimmungen nicht durch besondere Gesetze dahier Geltung erlangt haben, aufgehoben und außer Wirksamkeit gesetzt werden. (Den Wortlaut des Bundesbeschlusses siehe unter „Darmstadt".) (N.-Z.)

[Bundestägliches.] Wie man hört, gestaltet sich die Flotten-Angelegenheit in Frankfurt wieder günstiger. Den nach und nach eingetroffenen Instruktionen von Hannover und Oldenburg für die resp. Bundestagsgesandten, so wie die in Bremen und sicher auch in Hamburg und Lübeck vorwiegend günstige Stimmung für Erhaltung der Flotte, lassen vermuthen, daß sich diese Nordseestaaten auch im Nothfalle für diesen Zweck gewidmete, besondere Opfer bereit finden lassen würden. Auch soll man in München neuerdings eine günstigere Stimmung für die Flotte an den Tag gelegt haben.

Die „O.-P.-A.-Z." enthält an der Spitze ihres Blattes folgende Bestätigung einer bereits mitgetheilten telegraphischen Nachricht: Die vielfach verbreitete Nachricht, der königlich preußische Generallieutenant v. Peucker sei von der Bundesversammlung zum Oberbefehlshaber der um die hiesige Stadt zusammenzuziehenden Bundestruppen bestimmt, kann aus sicherer Quelle als vollkommen ungegründet bezeichnet werden. Ohne den hohen Verdiensten und ausgezeichneten Fähigkeiten des genannten Generals irgend eine Beeinträchtigung entgegenstellen zu wollen, dürften jene von seiner Regierung in anderer Weise zur Geltung gebracht werden, als in der eben angedeuteten Stellung, für welche überhaupt noch gar keine Aussicht genommen worden ist. Ebenso kann die Nachricht von einer beabsichtigten Aufhebung der Militärkonvention zwischen Preußen und Braunschweig 2c. als ein völlig grundloses Gerücht betrachtet werden.

Zu der Sachverständigen-Versammlung in Frankfurt am 1. Oktober ist, wie die „L. Z." wissen will, preußischerseits der Geheimerath v. Delbrück ernannt. Die Fragen, welche zur Besprechung kommen sollen, werden vornämlich sein: 1) das allgemeine Handels- und Seerecht, 2) die Einführung eines gleichmäßigen Maß-, Gewicht- und Münzsystems, und 3) der Schutz für inländische Erfindungen und Muster.

Für die thüringschen Herzogthümer wird sich der Steuerdirektor Künze nach Frankfurt a. M. begeben, um dort an den Berathungen Theil zu nehmen, welche der Ausschuß für die materiellen Fragen mit den zugezogenen Fachmännern im nächsten Monat pflegen wird.

[Die deutsche Zolleinigung betreffend.] Was die Anträge betrifft, welche die Stadt Bremen in Bezug auf den Anschluß an den Vertrag vom 7. d. M. gemacht haben soll, so muß bemerkt werden, daß allerdings unter der Bremer Kaufmannschaft sich eine bedeutende Partei für den Anschluß ausgesprochen hat, daß aber innerhalb des Senats diesem Anschluß noch mächtig widerstrebt wird.

Der Frankfurter Korrespondent der „Kass. Ztg." hört, daß es in der Absicht einiger Staaten Mittel- und Süddeutschlands liege, den Beitritt Oesterreichs zum Zollverein in möglichst kurzer Zeit zu veranlassen, und zwar auf demselben Wege, auf welchem Preußen den Steuerverein in den Zollverein einführte, so daß auf dem nächsten Zollkongreß nicht nur ein Vertreter Hannovers, sondern auch der Oesterreichs Platz nehmen würde.

Darmstadt, 18. Septbr. [Aufhebung der Grundrechte.] Das heutige Regierungsblatt enthält (wie schon telegr. mitgetheilt) den Bundesbeschluß in Betreff der Aufhebung der Grundrechte des deutschen Volkes. Da der hier offiziell mitgetheilte Wortlaut von den bisherigen Lesarten abweicht, so geben wir nachstehend die ganze erlassene Verordnung; sie lautet:

„Nachdem die deutsche Bundesversammlung in der am 23. August d. J. stattgefundenen 20sten Sitzung beschlossen hat: „Die in Frankfurt unter dem 27. Dezember 1848 erlassenen, in dem Entwurfe einer Verfassung des deutschen Reiches vom 28. März 1849 wiederholten sogenannten Grundrechte des deutschen Volkes können weder als Reichsgesetz, noch, so weit sie nur auf Grund des Einführungs-Gesetzes vom 27. Dezember 1848, oder als Theil der Reichsverfassung in den einzelnen Staaten für verbindlich erklärt sind, für rechtsgültig gehalten werden. Sie sind deshalb in so weit in allen Bundesstaaten als aufgehoben zu erklären. Die Regierungen derjenigen Staaten, in denen Bestimmungen der Grundrechte durch besondere Gesetze ins Leben gerufen sind, sind verpflichtet, sofort die erforderlichen Einleitungen zu treffen, um diese Bestimmungen außer Wirksamkeit zu setzen, insofern sie mit den Bundesgesetzen oder den ausgesprochenen Bundeszwecken im Widerspruch stehen", so wird dieser Bundesbeschluß auf den Grund des Art. 2 der Verfassungsurkunde des Großherzogthums mit dem Anfügen öffentlich bekannt gemacht, daß hiernach den erwähnten Grundrechten im Großherzogthume keine Rechtsgültigkeit beizulegen ist.

Darmstadt, am 12. September 1851.

A. a. h. A.: großh. hess. Ministerium des Hauses und des Aeußern. v. Dalwigk."

Das Regierungsblatt enthält ferner eine Verordnung, durch welche die Dauer der am 17. September 1849 erlassenen Verordnung, die Verhütung des Mißbrauchs der Volksversammlungen betreffend, um ein weiteres Jahr verlängert wird. In der Einleitung hierzu heißt es, daß die Gründe, welche jene Verordnung hervorriefen, auch jetzt noch fortbestehen.

Stuttgart, 17. Septbr. [Vermischtes.] Dem Vernehmen nach ist eine Einberufung des Landtags sehr bald zu erwarten und sollen die Anträge der Kommissionen innerhalb des Ministeriums schon in den nächsten Tagen zur Berathung kommen. — Heut Abend traf Fürst Metternich mit seiner Familie hier ein, Staatsrath Knapp und ein Adjutant des Königs, so wie der österreichische Gesandte, waren ihm bis Heilbronn entgegengefahren. Bei Hofe wird der Fürst mit Auszeichnung empfangen, morgen gedenkt er seine Reise auf einem ihm vom Könige zur Verfügung gestellten Separattrain nach Ulm in der Richtung von Donauwörth fortzusetzen.

München, 18. Sept. [Eidesformel der Geistlichen. — Kammern. — Ueberwachung der Lehrer.] Die „Neue Münchener Ztg." läßt sich heute endlich über die bekannte Angelegenheit wegen der den Geistlichen aufgelegten Eidesformel vernehmen. Am Schlusse ihrer Betrachtung, die sich zumeist auf einen Vergleich der jetzigen mit der früheren nicht beanstandeten Formel stützt, sagt sie: „Es ergiebt sich aus Vorstehendem daher von selbst, daß der Staatsregierung hierbei jede Absicht fern lag, der katholischen Geistlichkeit etwas Neues aufzubürden, was ihr nicht den Staatsgesetzen gemäß ohnehin obliegt, oder was ihre bisherige kirchliche Stellung beengen und ihr Pflichtverhältniß zur katholischen Kirche irgendwie beirren könnte." — Nach der „A. Z." ist der Zusammentritt der beiden Kammern nunmehr auf den 1. Oktober festgesetzt. — Die Aufmerksamkeit, welche unsere Regierung der Ueberwachung der Lehrer widmet, erhält sich fortwährend. So beklagt sich ein vor Kurzem erschienenes Reskript der Regierung von Unterfranken darüber, daß die Lehrer von der Umsturzpartei zur Verbreitung von aufrührerischen Schriften benutzt würden, und befiehlt den Lokalschulinspektionen, alle Lehrer ihres Ortes zu Protokoll zu verpflichten, keine kommunistischen, sozialistischen oder deutsch-katholischen Schriften zum Lesen anzunehmen, noch zu verbreiten, und wenn ihnen solche übersendet würden, dieselben ungelesen der Lokalschulinspektion einzuhändigen, welche sie dann an die Distriktsschulinspektion und diese an die Regierung des Kreises einzusenden habe. Erst gegen Ende vorigen Monats erging von der mittelfränkischen Kreisregierung ein Schreiben an alle Polizeibehörden, einen Webermeister Gottlieb Rhein aus Chemnitz, der „der Verbreitung aufrührerischer Schriften verdächtig" sei, genau zu überwachen und im Betretungsfalle sofort gegen denselben einzuschreiten. In seinem Signalement ist als „besonderes Kennzeichen" angeführt, daß er — den sächsischen Dialekt spreche. Ob derselbe überhaupt in Baiern reist, ist in dem Reskripte nicht angegeben.

[Herr v. d. Pfordten] scheint fortfahren zu wollen, Baiern, wenn es ihm auch in mancher Beziehung damit Ernst sein mag, in allen Fragen eine „liberale" Rolle spielen zu lassen. — Je mehr sich das Zerwürfniß zwischem ihm und jenem Theil der klerikalen Partei, mit dem er sich seit seiner Wirksamkeit in Baiern zu verhalten wußte, durch das bekannte Eidverlangen, zu erweitern und beständig zu werden droht, desto mehr nähert sich Herr v. d. Pfordten den spezifischen Liberalen Baierns. „Auf die Länge" — so heißt es in einem uns zugekommenen Briefe aus München — „läßt sich diese Stellung, die das Ministerium jetzt einnimmt, nicht halten. Herr v. d. Pfordten scheint zwar bei Hofe, neben andern Günstlingen, sich eine gute Position geschaffen zu haben, im Lande aber ist und bleibt die klerikale Partei die Hauptstütze des gegenwärtigen Kabinets. Man glaubt, Herr v. d. Pfordten wird eine Verständigung mit dieser Partei, welche er auch für die Kammer braucht, bald suchen. Es wird ihm Mühe kosten, Absolution zu erhalten. Die Bedingung, und dies möchte eine unserm Ministerpräsidenten sehr widerstrebende sein, ist von der andern Seite vielleicht schon in dem Verlangen gefunden, die freien Gemeinden und dergl. geradezu zu verbieten. Doch ist dieser Schritt auch, trotzdem er Herrn v. d. Pfordten persönlich widerstrebt, ihm gewissermaßen durch seine Politik geboten, durch eine Politik, die die katholische Stellung Baierns zum wesentlichen Fundamente seiner Bedeutung in Deutschland noch jetzt macht, nachdem früher auf diesem Fundamente eine dritte deutsche Großmacht errichtet werden sollte. — Die Vertretung katholischer Interessen in Frankfurt ist für einen baierischen Minister eine Nothwendigkeit, Herr v. d. Pfordten obgleich Protestant, wird in dieser Beziehung der öffentlichen Meinung in Alt-Baiern Genüge thun, es ist wenigstens sein ausgesprochener Wille, zu dessen Erfüllung gehört aber als Erstes und Letztes eine Versöhnung mit den Klerikalen." (C. B.)

Hannover, 19. Septbr. [Stechan. — Minister v. d. Heydt. — Die Organisationen.] Sicherer Mittheilung zufolge hat, wie die „Z. f. N." schreibt, sich Hr. Stechan am 17. d. M. mit dem englischen Dampfer „Magnet" von Bremen nach London eingeschifft. — Der preußische Minister Hr. v. d. Heydt ist heute hier eingetroffen und zur königlichen Tafel gezogen worden. — Der „L. Z." zufolge wird

sich Hr. v. d. Heydt während einiger Tage in Brüssel aufhalten. Von London aus wird derselbe Manchester und Liverpool besuchen und am 15. zum Postkongreß wieder in Berlin eintreffen. — Der hannoversche Korrespondent der Const. Z. meldet, daß die Organisationen mit dem 16. Januar 1852 ins Leben treten werden. In den Angelegenheiten der Bürgerwehr hat die Stadtkommandantur die Räumung des bisherigen Wachlokals durchgesetzt.

Hamburg, 19. Sept. [Bundestruppen. — Merkwürdiges Gerücht.] Wie das Fr. Journ. aus „ganz zuverlässiger Quelle" vernimmt, wird die Zahl der im Norden Deutschlands kantonnirenden Bundestruppen eher verstärkt als vermindert werden. Eben so sicher ist es auch, daß die fremdherrlichen Truppen nicht so bald aus Holstein zurückgezogen werden, wenn auch das Herzogthum der dänischen Regierung übergeben wird, was baldigst erfolgen dürfte. Das Blatt bringt einige Belege dafür bei.

Der „Independance" wird aus Hamburg geschrieben: „Unser Senat hat die Nachricht erhalten, daß neulich in der Bundesversammlung die Idee angeregt worden ist, die drei Hansestädte zu mediatisiren. Diese Idee bereits versetzt die Bevölkerung der drei Städte in eine Unruhe, die sie nicht mehr bemeistern kann." Hamburg soll diesem feinhörenden Korrespondenten zufolge in Preußen aufgehen. — Die „Weser-Z." bemerkt dazu: „Es ist merkwürdig, daß wir in Bremen von dieser fürchterlichen Unruhe noch nichts verspürt haben."

Hamburg, 20. Septbr. [Schleswig-holsteinsche Angelegenheiten.] Der Minister für Schleswig, Hr. v. Bardenfleth, hat sich von Flensburg nach Kopenhagen begeben, wohl um an den ferneren Berathungen des dänischen Staatsraths über die Organisation der Monarchie nach den von Berlin erfolgenden Rückäußerungen Theil zu nehmen. Ueber die Haltung der beiden deutschen Großmächte in der Sache wiederholen sich die günstigen Berichte der letzten Zeit. Von Glückstadt ist vorgestern die Fregatte Deutschland mit den von Rendsburg dorthin geschafften Eckernförder Siegestrophäen in See gegangen. Die letzteren, heißt es, werden nach der Bundesfestung Mainz transportirt werden. Von Ratzeburg schreibt man uns, der Oberst v. Hoegh, bis zum März 48 Kommandeur des Kieler Jäger-Corps, werde das Kommando des lauenburgischen Militärs übernehmen. (H. N.)

Oesterreich.

* **Wien**, 20. Sept. [Tagesbericht.] In gut unterrichteten Kreisen will man wissen, daß der Administrativbehörde in Böhmen eine Veränderung bevorsteht. Der Landeschef Baron v. Mecsery soll in den Reichsrath eintreten, und nach seinem Ausscheiden das Civil- und Militär-Gouvernement in diesem Kronlande in einer Person vereinigt werden, zu welchem Posten der Kaiser den Fürsten Windischgrätz designirt haben soll. Eben so bezeichnet man eine bedeutende Persönlichkeit im Justizministerium, die in der vormärzlichen Zeit lange Jahre hindurch an der Spitze des Prager Magistrats stand, als ad latus bei dem vereinigten Civil- und Militärgouverment.

In Bezug auf die Gestaltung des niederösterreichischen Ständewesens glaubt man, daß die uralte Verfassung von Niederösterreich wieder hergestellt wird, unter wahrscheinlicher Aufforderung an die Mitglieder des Prälaten-, Herren- und Ritterstandes, die zeitgemäßen Verfassungsänderungen dem ständischen Wesen anzupassen.

Vom Finanzministerium erging die Vorschrift, daß Staatsbeamte sich bei strenger Strafe jedes Handels mit Staatspapieren, Wechseln, Gold- und Silbermünzen enthalten sollen, insofern es nicht streng zur Verwaltung ihres Vermögens gehört. Zu gleicher Zeit wurde das Verbot erneuert für alle Kassen- und Kontrolbeamten, sich mit dem Schreiben von Quittungen oder dem Erheben von Geldern aus Staatskassen für Privaten zu befassen.

Herr Kuranda ist von der Betheiligung an der „Ostdeutschen Post" definitiv zurückgetreten. Herr Mautner wird wahrscheinlich die Redaktion des Blattes übernehmen, da verschiedene andere eine solche Einladung entschieden ablehnten.

Das Außerkurskommen der 6 Kreuzerstücke mit Ende d. J. hat die Geldspekulanten in Venedig sehr erschreckt, und eine Agiotage hervorgerufen, unter welcher der größere Theil der Bevölkerung leidet, da Friaul und Venedig von allen italienischen Provinzen am meisten mit der Scheidemünze überschwemmt sind, die eigentlich für die nicht italienischen Theile der Monarchie geprägt wurde.

Der königliche preußische General Wrangel ist bereits in Italien angekommen.

☾ **Von der galizischen Grenze**, im September. [Verhaftung des Bauern-Propheten. — Der galizische Adel und die polnische Gendarmerie.] Die abermalige Festnahme des Bauernpropheten Piecuch im Tarnower Kreise wird zwar durch den Umstand motivirt, daß bei demselben Bauernversammlungen abgehalten worden seien, was im Belagerungszustand natürlich nicht erlaubt ist; Besserunterrichtete wollen indeß wissen, der wahre Grund der Verhaftung wäre in dem stets wachsenden Einfluß des Adels zu suchen, der die Wirksamkeit des Propheten als aufreizend gegen die höheren Gesellschaftsklassen schilderte und ihn als gefährlichen Kommunisten darstellte. Hierbei scheint besonders die Insinuation Eingang gefunden zu haben, daß die Partei des Umsturzes in der neuesten Zeit gern ihre Thätigkeit in religiöse Schwärmerei oder Humanitätsgeist einzuhüllen strebe, um sie den Augen der Regierung zu verbergen und deren Verfolgung als gehässig erscheinen zu lassen. In Folge dieser Anschauungsweise, welche jedes Streben verdächtigt, geht man Gefahr, daß selbst die reinste und edelste Thätigkeit verfolgt und verbittert werden kann, blos weil von vornherein die Meinung herrscht, es müsse auch ihr ein verbrecherischer Kern innewohnen. — Ueber den kaiserlichen Besuch scheint man jetzt vollkommen beruhigt zu sein und setzt die Ankunft des Monarchen für den 14. Oktober fest, denn am 7. dürfte selber aus Italien in Wien eintreffen, um sodann nach wenigen Tagen Aufenthalt nach dem Norden zu eilen, wo ihm ein festlicher Empfang bereitet wird, und die bereits in der Stille bewirkte Annäherung der Aristokratie an den Thron auch sichtbar zur Erscheinung gelangen dürfte. Selbst das Verbot des Posener Blattes Goniec polski im gesammten Kaiserstaate durch den Minister Dr. Bach wird dem aristokratischen Einflusse zugeschrieben, dem der demokratisirende Ton dieses Journals gefährlich schien, wie denn überhaupt der polnische Adel anfängt mit der Regierung gemeinschaftliche Sache zu machen und den mehr und mehr ins Volk dringenden modernen Staatslehren entschlossen entgegenzutreten. Der Adel als solcher, nämlich als Kaste, hat keine Wurzel mehr in Galizien und von ihm ist keine Revolution zu besorgen, nicht weil es ihm etwa an Lust dazu gebräche, sondern deshalb, weil dem Landvolke Alles verdächtig wird, wo der Adel sich an die Spitze stellt; wenn jemals in Polen eine nationale Bewegung mit Erfolg gekrönt sein soll, so muß sie von andern Personen ausgehen, und wir glauben uns nicht zu täuschen, wenn wir die vielleicht in der Zukunft noch mögliche polnische Volkserhebung von dem Gedeihen und der Intelligenz des Mittelstandes abhängig machen. — Die Gendarmerie scheint hier zu Lande etwas anderes zu thun zu haben, als die Wahrung der öffentlichen Sicherheit, denn im Sanoker Kreise treiben die Straßenräuber in starken Banden ihr Unwesen wie nie zuvor, ohne daß die Gendarmerie ihrer bis jetzt Herr geworden wäre. Zur Entschuldigung dieses Korps muß übrigens erwähnt werden, daß nicht nur die Beschaffenheit des waldreichen Landes die Ueberwachung ungemein erschwert, sondern die Gendarmen nur zu häufig von den Behörden mit politischen und anderen Verrichtungen überhäuft werden, welche die scharfe und konzentrirte Ausübung des reinen Sicherheitsdienstes nicht selten unmöglich machen. Die Gendarmen sind in gewisser Beziehung in Galizien die Schullehrer der Erwachsenen, die tausend Kleinigkeiten zu besorgen haben und praktische Verbesserungen des Haushaltes durchführen sollen, die anderwärts auf anderen Wegen erzielt werden, hier aber mit Autorität und im Wege des Zwanges erreicht werden müssen. So haben z. B. die galizischen Gendarmen darauf zu achten, daß fortan in keinem Bauernhause derselbe Raum Wohnzimmer und Viehstall umfasse, indem diese idyllische Gemeinschaftlichkeit jedenfalls sanitätswidrig und zudem der moralischen Entwickelung nachtheilig sein muß; dies als Beispiel von hundert besondern Obliegenheiten, die der Gendarmerie hierlands aufgetragen sind und von denen anderswo dieselbe Nichts weiß. — Die Fortifikationsarbeiten bei Lemberg schreiten rasch vorwärts und waren dieselben auch Ursache wichtiger bedeutender mineralogischer Funde, die eine lohnende Ausbeute versprechen; fünf große Schanzen mit gemauerten unterirdischen, bombenfesten Pulvermagazinen, nebst einem großen Fort am Sandberg, werden die Lemberger Position haltbar machen, und wenn auch diese Befestigungen eigentlich gegen die Stadt gerichtet sind, so ist die Anlage dennoch der Art, daß sie auch gegen einen äußeren Feind benützt werden können, was bei der fortifikatorischen Entblößung Galiziens nicht ohne Werth sein dürfte.

Italien.

Vom Po, 14. Sept. [Die Reise des Kaisers] durch seine italienischen Lande wird in vollem Glanz der wiederhergestellten Majestät Statt finden. Es gilt, den Demonstrationen der letzten Zeit das volle Bewußtsein unbeschränkten Souveränetäts-Rechtes und unerschütterter Macht entgegenzusetzen. Die militärischen Manöver sind Nebensache. Die Zeiten der Milde und Gnade sollen vorüber sein; der junge Kaiser will zeigen, daß er mit dem Rechte des Siegers auftritt, dessen Zorn noch nicht versöhnt ist. Man darf sich daher auf irgend welche Amnestie nicht gefaßt machen. Ob durch dies alles indeß die Natur der Italiener gefügiger werden dürfte, steht wohl dahin. Sie schicken sich mit Resignation in das Unvermeidliche und nehmen gleich den Ungarn die Wendung der Dinge als ein beschiedenes Verhängniß hin. Der Augenblick ist gekommen, um sogar den passiven Widerstand aufzugeben: sie werden die größte Ergebenheit und Unterwürfigkeit an den Tag legen. Unter einander verstehen sie sich doch und werden nicht irre, — nur der Gewalt gegenüber erfüllen sie in strikter Form ihre äußerlichen Pflichten. Die Militär-Gouverneurs haben in den verschiedenen Städten, welche der Monarch passiren soll, Beleuchtung und Dekoration auf das strengste anbefohlen. In Verona z. B. muß ein unbeleuchtetes Fenster 20 Lire zahlen, und sämmtlichen Vorständen der Gemeinden und sonstigen Körperschaften ist das persönliche Erscheinen mit schwarz-gelber Kokarde auf dem Hute unter Strafandrohung vorgeschrieben worden. In Padua ist dem Podesta sogar die Weisung zugegangen, für möglichst laute Evviva's Sorge zu tragen. Wir sind überzeugt, daß es aller dieser diktatorischen Anordnungen nicht bedurft hätte. Die Italienen, selbst in Mailand, werden dermaßen beleuchten, dekoriren, schwarz-gelb sich kleiden und Lebehoch rufen, daß nach der äußern Wahrnehmung die officiellen Blätter mit Grund von einem Jubel und Enthusiasmus des Volkes schreiben können. Man muß den Italienern lassen, daß sie nach wunderbarem Instinkt sich zurecht finden und wie durch eine geheime Parole disciplinirt erscheinen. Am Ende spottet auch der menschliche Erfindungsgeist alles Druckes, womit man ihn niederhalten und aufreiben will. Die Taktik ist gewechselt, ein anderer Plan entworfen, und siehe da, alle sind des Zieles und der Mittel sich gleich bewußt und handeln einstimmig darnach. — Man erzählt sich, daß der König von Sardinien durch seinen Minister in Wien um eine Zusammenkunft mit Franz Josef nachgesucht habe, und es gibt Federn genug, welche diese letzte Erniedrigung Italiens vor Oesterreich geschäftig verbreiten; unter Anderem brachte die „Augsb. Allgem. Ztg." vor Kurzem bezügliche Winke darauf. Ich bin durch zuverlässige Verbindung in Stand gesetzt, diesem zu widersprechen. Es hat weder Graf Revel irgend einen dahin zielenden Auftrag erhalten, noch liegt sonst in Turin ein äußerer Akt vor, der dahin zu deuten wäre. Sollte der Kaiser nach Mailand kommen, so wird allerdings par courtoisie ein Abgesandter des Turiner Hofes die übliche Begrüßung vornehmen, und es mag sein, daß dazu der Herzog von Genua, seit seiner Heirath mit der sächsischen Prinzessin ein naher Verwandter des kaiserlichen Hauses, auserlesen ist.

(Köln. Ztg.)

Frankreich.

** **Paris**, 18. Sept. [Vermischtes.] Gestern fand wieder eine Sitzung der Permanenz-Kommission statt, welche aber durchaus ohne alle Bedeutung war. Die Kandidatur Joinvilles wird immer ernsthafter; doch erwartet der Prinz noch die Rückkehr seines zur Zeit in Spanien befindlichen Bruders Aumale, um einen entscheidenden Schritt zu thun. Letzterer soll übrigens entschieden für Annahme der Kandidatur von Seiten Joinville's sein. — Nächstdem beschäftigt man sich wieder viel mit dem Wahlgesetz vom 31. Mai. Seine Revision liegt durchaus in der Absicht des Präsidenten und sogar Faucher soll sich zu Modifikationen verstehen. Aber man glaubt nicht, daß die Gegner des Gesetzes sich mit bloßen Modifikationen werden zufrieden stellen lassen und in diesem Falle würde der Rücktritt Faucher's unvermeidlich werden.

Großbritannien.

London, 17. Sept. [Die Erweiterung des Wahlrechts.] Der „Globe" will wissen, daß die von Lord J. Russell beabsichtigte Erweiterung des Wahlrechts sehr ausgedehnt sein werde, daß alle jene, welche die Gewerbschulen durchgemacht, und alle Handwerker, die eine gewisse Summe in der Sparkasse besitzen, sollen selbst Wahlberechtigte werden.

Hume stattete vor einigen Tagen seinen Wählern zu Montrose einen Besuch ab, und hielt in dem Stadthause eine Rede, die sich vornehmlich um die parlamentarische und finanzielle Reform drehte. Er drang insbesondere auf Sparsamkeit und Minderung der Steuern, und sagte unter andern: „Will England an der Spitze der kommerziellen Welt bleiben, oder will es nur im Stande sein, mit der erstehenden Macht Nordamerika's zu weiteifern, so muß es seine Ausgaben reduziren; damit dies aber geschehen könne, muß das Volk die Steuermaschine, nämlich das Unterhaus, selbst leiten, und hierin liegt die Nothwendigkeit parlamentarischer Reform. Bisher ging diese Maschine nicht gut, sie besteuerte jene, die keine Steuer tragen sollten, und verschonte jene, welche die Staatslasten tragen sollten. Der Grund dazu lag darin, daß das Unterhaus im gewissen Grade durch Klassen-Interessen geleitet wurde, dadurch bedarf es einen neuen Zuwachs der Volksklassen, und das Volk muß in seiner Gesammtheit dort vertreten werden. Lord Russell hat eine Besserung der Volksvertretung besprochen, und man fragte ihn, wie weit denn die Bill gehen sollte; das wußte er noch nicht zu sagen, und es scheint, daß das Gouvernement noch nicht darüber zu einem Entschlusse gekommen. Wie weit die Reform gehen soll, wird wohl von dem Drängen von Außen abhängen; das Volk muß dem Gouvernement zu verstehen geben, was es bedarf, und es muß begehren, daß jeder Hausinhaber eine Stimme in der Nationalvertretung habe. Mit weniger wird sich das Land nicht zufriedenstellen, so daß die Zahl der Stimmberechtigten von 900,000 auf 3 Millionen steigen würde; das genügt aber noch nicht, der Wähler muß vor Einschüchterung beschützt sein, geheime Abstimmung muß damit verbunden sein. Ich bedauere, hier sagen zu müssen, daß Lord Russell der geheimen Abstimmung entgegen ist. Wie ist aber die Sitte der Aristokratie? In allen ihren Klubs ist geheime Abstimmung die Regel. Mag sie mithin andern das gewähren, was sie für sich will. Auch die Wählbezirke müssen gleich gemacht werden. Viele sind freilich dem entgegen, daß man die Bevölkerung als Basis der Vertretung aufstelle, und behaupten, daß das Eigenthum nur die Basis abgeben solle. Der Census hat aber herausgestellt, daß in dem Maße, als die Bevölkerung zugenommen, auch das Eigenthum im Verhältniß gewachsen. Ein Zustand, wie der jetzige, mit seinen Ungleichheiten kann nicht dauern. Die Stadt Dundee mit ihren 70,000 Einwohnern schickt nur ein Mitglied ins Parlament, während Harwich mit nur 200 Wahlberechtigten zwei Mitglieder ins Parlament schickt! Das sind die Reformen, die das Volk bedarf, und durch deren Gewährung das Ministerium das Land befriedigen, und das Glück und Gedeihen der Nation nur steigern wird." — In dieser kurzen Rede resumirt sich das ganze Streben der Radikalreformer, und es bedarf wohl keiner weitern Versicherung, daß die vom Gouvernement beabsichtigten Reformen weit hinter den angestrebten zurückbleiben.

** **London**, 18. Sept. [Nachgiebigkeit der Regierung.] In Dublin geht das Gerücht, daß die Regierung in Folge des Meetings, welches letzte Woche stattfand, um gegen Rückzahlung der den Wohlthätigkeits-Bureaux gemachten Vorschüsse zu protestiren, ihren Schuldnern eine neue Frist bewilligen wolle. Andern Falls würden alle Bureau-Mitglieder und Steuereinnehmer ihre Entlassung nehmen und die Regierung befände sich einer Desorganisation gegenüber, welche das allerwirksamste Widerstandsmittel wäre.

Osmanisches Reich.

* **Konstantinopel.** [Entschluß der hohen Pforte hinsichtlich der Internirten.] Das Journal de Constantinople enthält über die Loslassung der Internirten zu Kiutahia in Nr. 526 wörtlich folgende Stelle: „Man weiß, daß seit den bezüglich der Emigranten geführten Verhandlungen entschieden worden war, die zu Kiutahia internirten Häupter derselben nach Jahresfrist freizugeben. Es hätte dies bereits im Mai l. J. erfolgen sollen. Allein die kaiserl. Regierung zog das gute Einvernehmen mit einer befreundeten Regierung und die von ihr dargelegten Gründe in Erwägung und verschob den Freilassungsakt bis 1. (13.) September. Jetzt, wo in Folge der von dem kais. österr. Kabinette ergriffenen Verwaltungsmaßregeln, und namentlich der Reorganisation der Militärgrenze auf den früheren Fuß, die Ordnung in Ungarn dauernd befestiget ist, während selbst die der österreichischen Regierung am meisten ergebenen Journale zugestehen müssen, daß die Durchführnng dieser Anordnungen mit Leichtigkeit erfolgte: hat die Pforte in ihrer hohen Weisheit entschieden, daß ihrem Beschlusse in Betreff der Internirten zu Kiutahia aus den oben entwickelten Gründen Raum zu geben sei. Demgemäß werden sich dieselben nach Ghemlek verfügen, wohin bereits am verflossenen Sonntage die türkische Segelfregatte Muhbiri-Surur abgegangen ist, um sie aufzunehmen und nach den Dardanellen zu tragen. Dort werden sie das gleichfalls am 7. d. M. von Konstantinopel ausgelaufene amerikanische Dampfboot Missisippi antreffen, welches sie außerhalb des Bereichs der Türkei zu schaffen bestimmt ist. Dem Vernehmen nach wird sich ein Theil dieser Flüchtlinge nach England, der andere nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika begeben.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

Berlin, 20. Sept. Dem Mechaniker Karl Beermann zu Berlin ist unter dem 17. September 1851 ein Patent auf eine mechanische Vorrichtung zum Schneiden von Getreidekörnern für die Fabrikation von Graupen in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staats ertheilt worden.

Brüssel, 18. Sept. [Erfindung.] Belgische Blätter berichten weitläuftig über eine Erfindung, die von unberechenbaren Folgen für die Eisenbahnen sein müßte. Sie besteht im Wesentlichen in einer sinnreichen Anwendung der voltaischen Säule, welche die eisernen Schwungräder der Lokomotive zu Elektromagneten macht und dadurch eine so starke Adhäsion der Räder an die Schienen erzeugt, daß das Gewicht der Maschine ansehnlich vermindert werden kann, und diese trotzdem im Stande ist, die Last schiefe Bahnen von höchst bedeutender Steigung hinaufzuführen. Die Vorrichtung schafft nämlich in viel vortheilhafterer Weise, als es jetzt durch den Druck der Lokomotive geschieht, den Stützpunkt für die bewegende Kraft, ohne den die Räder sich nur auf der Stelle und nicht vorwärts bewegen würden. Dadurch wird eine große Vereinfachung der Maschine ermöglicht; die Schienen und die Bahnen überhaupt werden nicht so rasch abgenutzt; den außerordentlichsten Vortheil müßte aber die Erfindung für den Eisenbahnbau in gebirgigen Gegenden gewähren. Der Erfinder ist ein Hr. Nickles. Versuche im Kleinen und Großen sollen bereits vortreffliche Resultate geliefert haben.

Mannigfaltiges.

— (Ein Blitz in einer mit Menschen gefüllten Kirche.) Der „Bohemia" wird aus Grünberg vom 15. Aug. geschrieben: „An dem Tage des merkwürdigen Bergschubs in Siebenbürgen fand auch bei uns eine seltene Erscheinung Statt. Der 15. August ist ein Marientag, an dem die Schloßkapelle am Grünberge, so zahlreich besucht wird, daß auch der Hofraum des Schlosses mit Menschen gefüllt ist. Diesmal mußten sie aber im Schlosse selbst Unterkunft suchen; denn schwere Gewitterwolken zogen heran, und entluden sich bald nach dem Beginne der Predigt (10 Uhr Vormittags) in einem heftigen Regen. In der Kirche selbst war es sehr unheimlich. Nur einige Blitze erhellten die Finsterniß, die so überhand nahm, daß Lichter am Oratorium angezündet wurden. Kaum hatte der Geistliche die Predigt geschlossen und mit dem Amen den Segen ertheilt, als ein furchtbarer Schlag mit einer grauenhaften Erleuchtung der Kapelle erfolgte. Gleichzeitig wand sich die ganze anwesende fromme Schar wie im Knäuel auf dem Boden der Kapelle, wehklagend und weinend; denn Jeder hatte den Schlag erhalten und glaubte, einzelne Gliedmaßen verloren zu haben, ohne daß wunderbarer Weise mehr als Fußverletzungen und Nasenblutungen Statt fanden. Aber der Blitz hatte auch im Hofraume und im Vorderhause des Hausmeisters mehrere Menschen niedergeworfen, ohne jedoch mehr als Füße und Fußbekleidungen zu verletzen. Ein anderer Strahl schlug in das Vorhaus und in die Küche des Rentmeisters ein; die Frau, welche eben am Sparheerde beschäftigt war, erhielt einen Schlag, daß sie bewußtlos zu Boden sank, während zu gleicher Zeit die im Vorhause Schutz Suchenden unsanft betroffen wurden; aber auch hier sah man nur versengte Füße und zerrissene Schuhe, nirgends Lebensgefahr. Als der Küche drang der Blitz durch den Kamin in den Gang des obern Stockwerkes; da fuhr er am Glockenzuge, den er zersplitterte, durch gesprengte Thüren in die fürstlichen Zimmer, zerschlug fünf Fensterscheiben, durchbohrte die geschlossene Jalousie und fuhr so ins Freie. Als der Geistliche sah, daß Niemand lebensgefährlich verletzt war, fing er an, das heilige Dankamt abzuhalten; nach einer Viertelstunde entstand jedoch ein neuer Lärm, daß der Schloßthurm brenne. Trotz der Höhe von 330 Stufen wagten es Rauchfangkehrer und Zimmerleute der Gefahr zuzueilen. Es gelang ihnen, die lodernde Thurmspitze herabzuwerfen, die dann unten sogleich gelöscht wurde."

— (Paris.) Die Damen der Halle, 300 an der Zahl, frühstückten am 15. im Elysee. Es soll eine äußerst komische Scene gewesen sein. Nachdem der Präsident einen Toast auf die Damen der Halle ausgebracht, drängten sich mehrere dieser holden Geschöpfe vor, und baten den Neffen des Kaisers um eine Umarmung. Ludwig Napoleon biß in den sauren Apfel und ließ es sich von einem halben Dutzend gefallen; als aber darauf die ganze wilde Schaar auf ihn losstürzte, ergriff er schleunigst die Flucht. Der Polizeipräfekt Carlier und der Seinepräfekt Berger deckten diesen sonderbaren Rückzug, den der Charivari sicherlich illustriren wird, mit ihren Leibern — ich möchte fürwahr nicht an der Stelle dieser Herren gewesen sein. (Köln. Z.)

[1294] **Fremdenliste von Zettlitz Hôtel.**

Herr v. Lichatsscheff aus Rußland. Frau v. Przybylska und Partik. v. Raczynski aus Posen. Graf Polczynski. Graf zu Dohna a. Mallmitz. Rentier v. Laski, Frau v. Lubomirska, Fabrik. Lüdtke und Part. Otschkin aus Warschau. Kaufm. Friedel aus Creuznach. Kaufm. Jacobi aus Frankfurt a. M. Kaufl. Friedberg u. Reichenheim, General-Agent Schütz, Part. Preuß und geh. Finanzrath Schönfeldt aus Berlin. Schiffs-Kapitän Hodson aus Yarmouth. Gastwirth Williams aus Ramsgate. Justizrath Richter aus Kreuzburg. Herr v. Riche-Jaquelin aus Algier.

Markt-Preise.

Breslau am 22. September 1851.

	feinste,	feine,	mit.,	ordin. Waare.	
Weißer Weizen	62	58	55	50	Sgr.
Gelber dito	60	58	55	50	"
Roggen	51	50	48	45	"
Gerste	37	35	33	31	"
Hafer	25	24	23	22	"
Raps	76	74	70	67	"
Sommer-Rübsen	58	56	53	51	"
Spiritus . . .	8⅚ Rtl. Br.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.

Börsenberichte.

Berlin, 20. September. In Potsdam-Magdeburger, Rheinischen und Köln-Mindener Eisenbahnaktien zu besseren Coursen lebhafteres Geschäft; in den übrigen Effekten wenig verändert.

Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½% 107¼ à ½ bez., Priorität 4½% 103 bez., Priorität 5% 104½ bez. Krakau-Oberschlesische 4% 82 Gld., Priorität 4% 86 Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% 36 bez. und Gld, Priorität 5% 99¾ Gld. Niederschlesisch-Märkische 3½% 93 Br. 92¾ Gld., Priorität 4% 98½ bez. und Br., 4½% 101⅞ bez., Priorität 5% Serie III. 103⅞ Br., Priorität Serie IV. 5% 103¼ bez. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% 31¾ Br. ½ Gld., Priorität 4½% — — Oberschlesische Litt. A. 3½% 135½ à 136 bez., Litt. B. 3½% 122 Gld. Geld- und Fonds-Course. Freiwillige Staats-Anleihe 5% 103¼ bez. Staats-Anleihe 1850 4½% 102⅞ Gld Staats-Schuld-Scheine 3½% 88¾ bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine — — Posener Pfandbriefe 4% 103 Gld., 3½% 94½ bez. Preußische Bank-Antheil-Scheine 98 bez. Polnische Pfandbriefe alte 4% 94¾ Br., neue 4% 94¾ Br. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 4% 84¼ Br., à 300 Fl. 145 Br.

Wien, 20. Sepiember. Die Geschäfte waren auch heute nicht belebt. Fonds und Aktien-Course jedoch fest und zum Theil höher, namentlich Loose von 1839, die sich um 1% besserten. Wechsel waren flauer und sind besonders London, Amsterdam und Paris zurückgegangen. Komptanten, die früher zurückgeblieben, preishaltend.

5% Metalliques 93⅝, 4½% 82¼; Nordbahn 149¼; Coupons — — Hamburg 2 Monat 176; London 3 Monat, 11. 46.; Silber 18⅜.

Redakteur und Verleger: H. Barth in Breslau. Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.